

Zur Kolonialität der liberalen Demokratie

Ina Kerner*

Schlüsselwörter: Demokratie, Demokratisierung, Imperialismus, Indigenität, Kolonialismus Postkolonialismus, Rassismus

Abstract: Eine Krise der liberalen Demokratie wird in letzter Zeit häufig beschworen; ihre Kolonialität wird dabei selten berücksichtigt. Dieser Aufsatz zeigt auf, wie eine solche Berücksichtigung aussehen könnte. Unter Rückgriff auf ausgewählte Positionen der postkolonialen Theorie macht er in einem ersten Schritt die These stark, dass die westliche Demokratie der Neuzeit von Anbeginn durch koloniale Macht- und Herrschaftskonstellationen geprägt war. In einem zweiten Schritt verdeutlicht der Aufsatz, dass selbst westliche Modelle der Demokratie von nicht-westlichen Quellen gespeist sind. Ferner diskutiert er nicht-westliche demokratische Regierungssysteme, die von Maßstäben guter Regierungsführung getragen sind, die westliche Modelle liberaler Demokratie vergleichsweise undemokratisch aussehen lassen. Das Fazit geht der Frage nach den theoretischen und praktischen Implikationen der postkolonialen Demokratiekritik nach.

Abstract: A crisis of liberal democracy has in the last years been frequently invoked; its coloniality is rarely considered. This essay shows how such a consideration might look like. Drawing on select authors in the field of postcolonial theory, the essay first makes the case that Western democracy in the modern era was shaped by colonial constellations of power and domination from the very beginning. In a second step, the essay illustrates that even Western models of democracy are fed by non-Western sources. Further, it discusses non-Western democratic systems of governance that are driven by standards of good governance that make Western models of liberal democracy look comparatively undemocratic. The conclusion discusses theoretical and practical implications of a postcolonial critique of democracy.

Folgt man der traditionellen Erzählung der Politischen Theorie und orientiert sich zu diesem Zweck an der Themenauswahl vorliegender Überblicksbände, liegen die Anfänge der Demokratie als Prinzip der Volksherrschaft im antiken Griechenland; später, mit Beginn der Neuzeit, setzte dann eine quasi-lineare Entwicklung demokratischen Fortschritts ein, die bis heute andauert – unterbrochen allenfalls vom Nationalsozialismus (vgl. Meier 1983; Massing/Breit 2003; Schmidt 2019). „From Plato to NATO“ lautet die Kurzformel dieses Narrativs seit geraumer Zeit in den USA (vgl. Redhead 1984, 1995; Gress 1998). Es ist kein Zufall, dass der Kontext dieser Erzählung der Westen ist. Demokratie erscheint dabei als Errungenschaft und Gütesiegel der westlichen Welt zugleich. Entsprechend bemüht sich der Westen auch um die Verbreitung demokratischer Regierungsformen anderswo – sei es durch Maßnahmen der

* Ina Kerner, Universität Koblenz-Landau
Kontakt: kerner@uni-koblenz.de

Demokratieförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, oder durch Kriege wie in den vergangenen Jahrzehnten in Afghanistan und im Irak.¹ Demokratie wird hier – so könnte man zuspitzen – als westliche Erfindung vorgestellt und die liberale Demokratie als Erfolgsmodell.

Diese Sicht wird jedoch zunehmend fragwürdig. Nicht nur haben sich die genannten Kriege als wenig produktiv erwiesen – stabile demokratische Zustände herrschen gegenwärtig weder im Irak noch in Afghanistan. Auch das Modell der liberalen Demokratie scheint an vielen Orten der Welt an seine Grenzen zu stoßen und Akzeptanz zu verlieren. Unterschiedliche Indizien legen dies nahe. Die liberale Demokratie wird ausgehöhlt durch nepotistisches Regierungshandeln wie aktuell in Nicaragua, sie begegnet marginalisierten Bevölkerungsgruppen mit Gewaltanwendung wie in vielen Staaten dieser Welt – man denke nur an die Anlässe für die inzwischen transnationalen Proteste von *Black Lives Matter* – oder sie spült zumindest zeitweise populistische, in vielen Fällen rechtspopulistische Regierungen an die Macht: von Indien über die USA bis Brasilien, von Guatemala bis Ungarn und Polen.

In den transdisziplinären post- und dekolonialen Studien werden diese Umstände seit längerem reflektiert. So vertritt etwa Ileana Rodríguez die These, dass die zentralen Prinzipien der liberalen Demokratie – Repräsentation, Rechtsstaatlichkeit, verfassungsrechtliche Bestandsgarantien und eine Grundrechtsgarantie – an die Grenzen ihrer Passfähigkeit geraten, wenn sie auf lateinamerikanische Länder mit ihren spezifischen, historisch bedingten Kontextbedingungen bezogen werden. Nicht zuletzt extremer, staatlich sanktionierter Terror gegen Segmente der je eigenen Bevölkerung und massive kulturelle Konflikte stellen Rodríguez zufolge Bedingungen dar, die sich dem analytischen, auch kritischen Vokabular des Liberalismus entziehen. Selbst in normativer Hinsicht sei dieser daher von begrenzter Brauchbarkeit; er habe weder passförmige Analysen und Problematisierungen anzubieten, noch gangbare Strategien (vgl. Rodríguez 2009: 10 f., 3).

Ähnlich argumentiert Fernando Coronil, der Gegenwartsprobleme lateinamerikanischer Demokratien nicht zuletzt auf die sozialen und ökonomischen Kriseneffekte der neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte zurückführt. Ferner weist er darauf hin, dass den jüngeren demokratischen Transformationen auf dem Kontinent eine Phase der Militarisierung vorausging, von der man nicht erwarten kann, dass sie spurlos geblieben ist. Coronil macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, unter diesen Bedingungen eine demokratische Kultur, Vertrauen in demokratische Institutionen und Zuversicht hinsichtlich von Stabilität und Resilienz der politischen Ordnung zu entwickeln oder gar zu erzeugen (vgl. Coronil 2019: 237). De facto seien viele junge lateinamerikanische Demokratien vom „Venezuela-Syndrom“ gekennzeichnet: der Legitimität alter Eliten, einem Demokratieverständnis, das sich auf prozedurale Fragen beschränkt, der politischen Nichtbefassung mit konfliktiven Themen, der Marginalisierung der politischen Linken sowie der Stärkung der Exekutive gegenüber den Parlamenten und von Führerfiguren gegenüber Parteien (vgl. ebd.: 232). Dass diese Faktoren eher auf schwache, eingeschränkte als auf starke Formen der Demokratie verweisen, ist offensichtlich. Ferner fällt auf, dass sich die Diagnose des „Venezuela-Syndroms“ – die Coronil einem Aufsatz des Lateinamerikanisten Paul

1 Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) beispielsweise fördert mit Blick auf Staat und Demokratie nach eigenem Bekunden unterschiedliche Aspekte von Good Governance (<https://www.giz.de/fachexpertise/html/59888.html>; 20.12.2021); die United States Agency for International Development (USAID) schreibt die Demokratieförderung ebenfalls zentral auf ihre Fahnen (<https://www.usaid.gov/democracy-is>; 20.12.2021).

Cammack aus den 1980er Jahren entlehnt – in zentralen Punkten mit Beschreibungen postdemokratischer Verhältnisse deckt, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit primärem Bezug auf Entwicklungen in Westeuropa und Nordamerika entwickelt wurden: Laut Colin Crouch bezeichnet „Postdemokratie“ Gemeinwesen, in denen zwar periodische Wahlen abgehalten werden, bei denen die Wahlkämpfe samt ihren inhaltlichen Schwerpunktsetzungen allerdings auf Spektakel reduziert sind, die von konkurrierenden PR-Teams organisiert werden. Die Mehrheit der Bevölkerung verhält sich dabei passiv; die tatsächlich relevanten politischen Entscheidungen werden von Regierungsvertreter*innen und Wirtschaftseliten hinter verschlossenen Türen getroffen (Crouch 2008: 10 f.).

Folgt man Jean und John Comaroff, ist es kein Zufall, dass die euroatlantische Postdemokratie Jahrzehnte später diagnostiziert wurde als das lateinamerikanische Venezuela-Syndrom. Den Comaroffs zufolge stellt der globale Süden nämlich die „Speerspitze der sich entwickelnden Geschichte des Neoliberalismus“ dar und kann in diesem Sinne als jener Ort identifiziert werden, „der uns am besten erkennen lässt, wie die Welt in ihrer Gesamtheit funktioniert“ (Comaroff/Comaroff 2012: 56, 9). Dass seit wenigen Jahren also nun auch im alten Europa vermehrt eine Krise der repräsentativen Demokratie oder gar des gesamten liberalen Denkens zu konstatieren ist (vgl. u. a. Reckwitz 2019, Menke 2020)², erscheint da kaum verwunderlich – neoliberale Transformationsprozesse haben hier mit einigen Dekaden Verspätung eingesetzt, entfalten inzwischen aber auch hier ihre Wirkungen. Allerdings deuten bereits Rodríguez und Coronil an, dass es sinnvoll sein könnte, eine kritische Analyse der Problematiken der real existierenden liberalen Demokratie zeitlich früher anzusetzen als beim Aufkommen des Neoliberalismus im 20. Jahrhundert: und zwar in der europäischen Kolonialgeschichte. Dies soll im Folgenden in drei Schritten geschehen.

Im ersten Schritt werde ich – unter Rückgriff auf Arbeiten von Achille Mbembe und James Tully – die These zu plausibilisieren suchen, dass die real existierende westliche Demokratie der Neuzeit von Anbeginn durch Kolonialität geprägt war – was zu Effekten führt, die sich als undemokratisch charakterisieren lassen. Der Begriff der Kolonialität verweist auf Aníbal Quijano's Arbeiten über die „Kolonialität der Macht“. Mit dieser Wendung bezeichnet Quijano die andauernde Persistenz einer komplexen und alle Gesellschaftsbereiche tangierenden Macht- und Herrschaftskonstellation, die bereits im Zuge des spanischen Kolonialismus im heutigen Lateinamerika entstand. Die Kolonialität der Macht ist bei Quijano durch die Verknüpfung zweier Elemente gekennzeichnet: zum einen rassistische Klassifikationssysteme und korrespondierende rassistische Denkmuster, auf deren Grundlage Herrschaftsbeziehungen zwischen Eroberern und Kolonisierten naturalisiert werden konnten; und zum anderen ein neues gesellschaftliches Ausbeutungssystem im Dienste des Kapitals und ausgerichtet auf die Produktion für den Weltmarkt (vgl. Quijano 2010: 32). Nach der Kolonialität der Demokratie zu fragen bedeutet vor diesem Hintergrund eine Anwendung der Grundidee der Kolonialität auf das Terrain der Demokratie. Zentral hierbei ist die Hypothese, dass koloniale Logiken noch heute demokratische Institutionensysteme und demokratisches Handeln strukturieren; eine Möglichkeit, die zumindest in westlichen Demokratien lange

2 Beispiele für Veranstaltungen oder Verbundforschung in diesem Zusammenhang sind zum Beispiel die Tagung „Wettbewerb der Narrative: Zur globalen Krise liberaler Erzählungen“, die 2017 in Zusammenarbeit von Goethe-Institut, Heinrich-Böll-Stiftung, Bundesverband der Deutschen Industrie und Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research in Berlin stattfand (<https://www.goethe.de/de/uun/ver/wdn.html>; <https://www.gcr21.org/the-centre/news/year/2017/crisis-of-liberal-narratives-as-a-crisis-of-universal-pretence>; 20. 12. 2021) und die Arbeit des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS)“ an der Freien Universität Berlin (<https://www.scripts-berlin.eu>).

dethematisiert wurde, deren Problematisierung aber Rückschlüsse zulassen könnte auf zumindest einige der aktuellen Krisen und Grenzen liberaldemokratischer Regierungsformen. Im zweiten Schritt werde ich mit Hilfe ausgewählter Texte von Iris Marion Young und von Jean und John Comaroff die europäische Provenienz der Demokratie hinterfragen. Hier sollen zunächst außereuropäische Quellen ‚unserer‘ Demokratiemodelle kenntlich werden. Ferner rücken nicht-westliche demokratische Regierungssysteme ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die älter sind als liberale Demokratien und westliche Demokratieförderung. Sie sind getragen von Maßstäben guter Regierungsführung, die westliche Modelle liberaler Demokratie vergleichsweise undemokratisch aussehen lassen. Damit fordern diese Systeme nicht zuletzt zu kritischen Reflexionen über die Provinzialität der westlichen Maßstäbe auf. Der dritte Schritt schließlich ist ein Fazit, in dem ich die in den ersten beiden Schritten rekonstruierten Positionen in Beziehung zueinander setze und der Frage nachgehe, wie Alternativen zu den zuvor skizzierten Problemdiagnosen aussehen könnten.

Es ist klar, dass die folgenden Ausführungen und Überlegungen nicht allen Varianten und Formen der Demokratie gerecht werden können; weder der Demokratie im Sinne eines umkämpften Theoriebegriffs mit vielfältigen Bedeutungsdimensionen (vgl. hierzu exemplarisch Buchstein 2011), noch der Demokratie als gelebter Praxis mit den unterschiedlichsten Ausprägungen und Institutionalisierungsformen. Aber ein erschöpfender Rundumschlag ist hier ebenso wenig das Ziel wie eine umfassende Einführung in das wachsende Feld einer postkolonialen Demokratietheorie, also postkolonialer Theorieperspektiven auf Demokratie. Vielmehr geht es darum, anhand ausgewählter Positionen zentrale Erkenntnispotentiale solcher Perspektiven auszuloten – und zwar bezogen auf die Genealogie, die Funktionsmechanismen und die Grenzen der liberalen Demokratie. Ziel ist die Plausibilisierung einer im Kontext politiktheoretischer Debattengefüge bislang nichttraditionellen Sicht auf Demokratie – und damit die Irritation überkommener Narrative. Dass dabei sowohl einstige nordamerikanische Siedlungskolonien als auch ehemalige europäische Kolonialstaaten und ferner afrikanische Postkolonien im Zentrum der Betrachtung stehen – und zwar jeweils *als* Demokratien – liegt nicht zuletzt am globalen Fokus postkolonialer Theorien, im Besonderen an ihrem Augenmerk für globale Verflechtungen. Dadurch gerät in den Blick, dass fast überall auf der Welt (Europa bildet hier eine Ausnahme) die Etablierung liberaler demokratischer Nationalstaaten, wie schwach, stabil oder gar substanziell die Demokratie dort heute auch jeweils sein mag, mit unfreiwilligen transkontinentalen Interventionen verbunden war. Dass solche Interventionen – im Falle des Siedlungskolonialismus waren es sogar nachhaltige Invasionen – in einem Spannungsverhältnis zum prinzipiellen Selbstregierungsanspruch der Demokratie stehen, bedarf vermutlich keiner weiteren Erläuterung. Zumal die demokratische Gründung in den Siedlungskolonien ja in der Regel sogar so weit ging, dass es letztlich Vertreter der Siedler*innen und damit der Invasor*innen allein waren, die sich formal zum unabhängigen demokratischen Staat erklärten. Diejenigen Menschen, die vormals auf den entsprechenden Territorien gelebt hatten, wurden allenfalls zu Untertanen, in Reservate abgedrängt und zum Teil bereits im Kindesalter zwangsassimiliert.³ Besonders in Afrika, teil-

3 In Australien spricht man im Zusammenhang der Zwangsinternierung indigener Kinder in Internaten, die dort in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts praktiziert wurde, von einer „gestohlenen Generation“ (vgl. u. a. <https://www.gfbv.de/de/news/stolen-generations-321/>, <https://australian.museum/learn/first-nations/stolen-generation/>; 20.12.2021); in Kanada begannen ähnliche Praktiken in eigens eingerichteten *Residential Schools* bereits in den 1880er Jahren (vgl. u. a. https://indigenousfoundations.arts.ubc.ca/the_residential_school_system/; 20.12.2021); auch in den USA wurden im 19. und 20. Jahrhundert Tausende indigene Kinder in sogenannten *Indian Boarding Schools*, die oft in kirchlicher Trägerschaft waren, zwangsassimiliert (vgl. u. a. <https://www.the>

weise aber auch in Asien sind allein schon die Staatsgrenzen und damit die jeweilige demographische Zusammensetzung der in vielen Fällen hyperdiversen Nationen kolonialen Ursprungs. Man könnte also zuspitzen, dass in weiten Teilen der Amerikas, Asiens, Ozeaniens und Afrikas die Einführung genau jener Ausprägungen der nationalstaatlichen liberalen Demokratie, die wir heute jeweils von dort kennen, ohne irgendeine Form des europäischen Kolonialismus oder des westlichen Imperialismus vergleichsweise unwahrscheinlich gewesen wäre. In *dieser* Hinsicht könnte der liberalen Demokratie dann tatsächlich westliche Provenienz attestiert werden. Es bleibt zu untersuchen und zu diskutieren, inwiefern der Umstand, dass die liberale Demokratie westlicher Provenienz oft bloß schlecht funktioniert, in just dieser Geschichte gründet und damit an ihrer Kolonialität hängt: in Postkolonien ebenso wie in Europa. In Anlehnung an die Comaroffs ließe sich dann vielleicht die These wagen, dass der globale Süden die Speerspitze der sich entwickelnden Geschichte der Postdemokratie bildet, und dass er sich damit auch im demokratietheoretischen Sinne als jener Ort erweisen könnte, „der uns am besten erkennen lässt, wie die Welt in ihrer Gesamtheit funktioniert“ (Comaroff/Comaroff 2012: 9).

1. Westliche Demokratie und der Fortbestand des Kolonialrassismus

Polizeigewalt, die sich gegen unbewaffnete schwarze Menschen richtet; Praktiken des *Racial Profiling*; die monate-, teilweise auch jahrelange Internierung von Geflüchteten und Asylsuchenden in Lagern; mehr als 22.000 Menschen, die zwischen 2014 und 2021 bei dem Versuch, das Mittelmeer Richtung Europa zu überqueren, ums Leben gekommen sind: Phänomene wie diese legen die Vermutung nahe, dass Kolonialrassismus fortbesteht und aktualisierte Formen gefunden hat, denn sie verweisen auf Konstellationen und Maßnahmen, in denen Europäer*innen und Nicht-Europäer*innen, Weiße und Nicht-Weiße kategorial unterschiedlich wahrgenommen und behandelt werden.⁴ Theoretiker*innen aus dem Umfeld der Postkolonialen Studien haben sich der Aufgabe gestellt, darüber nachzudenken, was dieser Umstand mit Demokratie zu tun hat. Einer von ihnen ist Achille Mbembe.

Mbembe hat in diversen seiner Schriften einen untrennbaren historischen Zusammenhang zwischen europäischer Moderne, Kolonialismus und Rassismus konstatiert. Dabei hat er auch demokratietheoretische Fragen diskutiert. Bereits in seiner *Kritik der Schwarzen Vernunft* betont er – den Analysen von Quijano nicht unähnlich – dass die Entstehung der europäischen Moderne mit der Verbreitung rassistischer Klassifikations- und Denkmuster, dem „Erscheinen

atlantic.com/education/archive/2019/03/traumatic-legacy-indian-boarding-schools/584293/, <https://www.loc.gov/classroom-materials/native-american-boarding-schools/>; 20. 12. 2021).

4 Zu den Zahlen der Menschen, für die ein Migrationsversuch über das Mittelmeer tödlich verlief vgl. https://mismigrants.iom.int/region/mediterranean?migrant_route%5B%5D=1376&migrant_route%5B%5D=1377&migrant_route%5B%5D=1378; 20. 12. 2021. In der medialen Berichterstattung kommen die betroffenen Menschen und ihre Hinterbliebenen vor allem als Zahlen vor. Das ist deutlich anders, wenn im Mittelmeer europäische Kreuzfahrtschiffe havarieren und sinken – zuletzt geschah dies 2007 und 2012. Wenn bei Schiffunglücken Europäer*innen betroffen sind, ist das Interesse an den Einzelschicksalen groß. Judith Butler spricht in diesem Zusammenhang treffend von einer Ungleichverteilung der Betrauerbarkeit. Nicht jede Person gilt gleichermaßen als Subjekt – ein Umstand, der grundlegende Gleichheitsprinzipien deutlich verletzt (vgl. Butler 2010: 22, 37). Für ein Beispiel dafür, dass sich der staatliche Rekurs auf Armutsflucht und Migration eklatant unterscheidet, je nachdem, ob er von Deutschland ausgeht oder Deutschland zum Ziel hat, vgl. Kerner 2019.

des *Rassenprinzips* und der langsamen Umwandlung dieses Prinzips in die privilegierte Matrix der Herrschaftstechniken“ zusammenfiel (Mbembe 2014: 111; Hervorhebung im Original). Diese Konstellation wirkte sich auch auf die damals entstehenden Demokratien aus – denn zumindest im Fall der englischen Kolonien in Nordamerika handelte es sich dabei um Demokratien weißer Siedler*innen, die sowohl die indigene Bevölkerung als auch die zum Zweck der ökonomischen Ausbeutung eigens aus verschiedenen Regionen Afrikas dorthin verschleppten und versklavten Menschen explizit aus dem politischen Gemeinwesen ausnahm. „Die modernen Ideen der Freiheit, der Gleichheit und auch der Demokratie sind aus dieser Sicht untrennbar mit der Realität der Sklaverei verbunden“ (ebd.: 157), schlussfolgert Mbembe. Die amerikanische Revolution, die die genannten Werte reklamierte, passte sich an Praktiken der Sklaverei und der Segregation gut an, anstatt ihnen ein Ende zu bereiten (vgl. ebd.). Und auch später fochten Prinzipien der formalen Gleichheit die faktische Ungleichbehandlung kaum an – ermöglicht durch das von Mbembe so genannte „Rassenprinzip“, durch naturalisierte und naturalisierende Differenzkonstruktionen, die bewirkten, dass der Kreis jener, um deren Gleichheit man bemüht war, exklusiv gehalten werden konnte und schwarze Menschen in der Regel ausschlossen. Unter Rekurs auf Alexis de Tocquevilles Schriften über die Demokratie in Amerika erläutert Mbembe: „In der liberalen Demokratie kann die formale Gleichheit also einhergehen mit dem natürlichen Vorurteil, dass den Unterdrücker veranlasst, den ihm Unterlegenen noch lange nach dessen Befreiung zu verachten. Solange das Vorurteil nicht zerstört ist, bleibt die Gleichheit nur eine vorgestellte“ (ebd.: 161).

Diese Überlegungen führt Mbembe in seinem diagnostisch vergleichsweise pessimistischen Buch *Politik der Feindschaft* weiter aus. Den USA bescheinigt er dort, für lange Zeit „ein demokratischer Sklavenstaat“ gewesen zu sein, der zwar seit seiner Gründung die Gleichheit der Menschen proklamiert und immer vorgab, seine Macht „aus der Zustimmung der Regierten“ zu beziehen, der sich dabei aber „durch die Duldung der Sklaverei mit einer absoluten Doppelmoral“ abgefunden habe (Mbembe 2017: 36). In organisatorischer Hinsicht war der demokratische Sklavenstaat durch seine Zweiteilung gekennzeichnet, die eine doppelte Gesellschaftsordnung schuf: zum einen eine „*Gemeinschaft der Gleichen*“ mit wenigstens theoretischer Geltung des Gleichheitsgrundsatzes, zum anderen jedoch eine „ebenfalls gesetzlich etablierten Gruppe von *Nichtgleichen* oder Menschen ohne Teilhabe“, denen das Recht, Rechte zu haben, verwehrt wurde und für die stattdessen das „Gesetz der Ungleichheit“ galt, das seinerseits auf rassistischen Klassifikations- und Denkmustern basierte (ebd.: 37; Hervorhebungen im Original).

Der Verweis auf eine zweigeteilte, „in Abteile getrennte“ koloniale Welt ist aus den Texten Frantz Fanons (1981: 31) wohlbekannt. Im ersten Kapitel seiner Streitschrift *Die Verdammten dieser Erde* beschreibt Fanon nicht nur die Differenzen zwischen den Wohngebieten und Lebensräumen der doppelten Kolonialgesellschaft – der den Weißen vorbehaltenen neu gebauten, wohlhabenden, gepflegten „Stadt des Kolonialherrn“ zum einen, und zum anderen der engen „Stadt des Kolonisierten“, geprägt von einem Mangel an Nahrung und anderen Grundgütern und im ganzen „eine Stadt auf den Knien“ (vgl. ebd.: 32). Fanon verdeutlicht ferner, dass die koloniale Zweiteilung auf Rassismus fußt: denn „das, was diese Welt zerstückelt“, sei „zuerst die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Art, einer bestimmten Rasse“ – wobei „die herrschende Art“ diejenige sei, „die von woanders kommt, die nicht den Autochthonen ähnelt“ (ebd.: 33). Aufrechterhalten wird die Zweiteilung der kolonialen Welt Fanon zufolge durch Gewaltanwendung (vgl. ebd.: 71). Und auch Mbembe verweist im Zusammenhang des Rassismus auf den Gebrauch von Gewalt, den moderne

Demokratien immer schon toleriert hätten, teilweise sogar in Verletzung der eigenen Gesetze (vgl. Mbembe 2017: 36). In den formal demokratischen Siedlungskolonien richtete sich diese Gewalt gegen die heterogene Gruppe der *Nichtgleichen*. Den europäischen Demokratien dienten Mbembe zufolge ihre Kolonien lange Zeit als Ventil – die „Gewalt der Demokratien“ wurde dorthin ausgelagert (ebd.: 52). Da das Kolonialrecht an politischen Imperativen anstatt an demokratischen Prinzipien ausgerichtet war, gab es – zumindest im Umgang mit der jeweils lokalen Bevölkerung – für die Vertreter der Kolonialverwaltungen keine durchgängigen Richtlinien oder Beschränkungen, keinen „Gegensatz zwischen legal und illegal“ (ebd.: 53). Uneingeschränkte Gewalt war auf diese Grundlage möglich und verbreitet – im Rahmen der Kolonialkriege, bei der Kriminalisierung widerständiger Bevölkerungsgruppen, aber auch im Regierungsalltag (vgl. ebd.). Die Kolonien waren Mbembe zufolge in dieser Hinsicht nicht die Antithese der demokratischen Ordnung, sondern deren Nachtseite oder Doppelgängerin: „Die Demokratie trägt die Kolonie tief in sich, und die Kolonie trägt die Demokratie – oft in Gestalt von Masken“ (ebd.: 55), umschreibt er diesen Zusammenhang. In der Gegenwart komme vor allem Lagern und Gefängnissen die Rolle der Doppelgängerin zu (vgl. ebd.: 56). Mbembe diagnostiziert ferner die staatliche Produktion ‚neuer‘ Gruppen von *Nichtgleichen*. Motor dieser Produktion sei nicht zuletzt die europäische Migrations- und Grenzpolitik, die das Mittelmeer zur potentiellen Todeszone und eine große Zahl an Menschen zu Klandestinen und Illegalen mache. Ferner seien hier jene Lager, Gefängnisse und Abschiebepraktiken zentral, die funktional gesehen die Kolonien als Nachtseite der Demokratie beerben (vgl. ebd.: 110 f.).

Interessanterweise lokalisiert Mbembe nun just in der von ihm konstatierten Spaltung der liberalen Demokratie, in der steten Anwesenheit ihrer Doppelgängerin, ihrem „Zusatz an Servilem und Rassischem, an Kolonialem und Imperialem“ (ebd.: 121) deren Instabilität und eine stete Gefahr. Die Gefahr nämlich, „dass sie sich gegen sich selbst wendet, indem sie ins Innere zurückholt, was man mit solcher Mühe nach außen zu verlagern versucht“ – Gewalt und Terror, auch in Form von Terrorabwehr (ebd.: 121 f.).

2. Westliche Demokratie als Werkzeug des Freihandelsimperialismus

Mbembes These, dass die liberale Demokratie der Neuzeit von Anbeginn eine imperiale Prägung aufweist, teilt auch James Tully. Doch während Mbembe den Fokus auf die Einsätze und Wirkungen rassistischer Differenzierungen legt, betont Tully vor allem die Etablierung globaler Rechtsnormen und Institutionensysteme, die der westlichen Vorherrschaft dienen, insbesondere westlichen Handelsinteressen. Die liberale Demokratie identifiziert er als Bestandteil dieser Normen und Systeme. Hinsichtlich des Imperialismus unterscheidet er zwei Erscheinungsformen: den kolonialen Imperialismus und eine jüngere Spielart, die ohne Kolonien auskommt, stattdessen verstärkt auch weiche Machttechniken einsetzt und die er als „informellen Imperialismus“ bezeichnet (Tully 2009: 153). Es ist diese informelle Form, der sein besonderes Interesse gilt – sein Kernbeispiel ist die globale Herrschaft der USA.

Tully zufolge vereint der informelle Imperialismus – wie auch der Kolonialimperialismus – politische, ökonomische und kulturelle Aspekte und funktioniert über das Zusammenwirken innenpolitischer und internationaler Maßgaben. Innenpolitisch fordert der informelle Impe-

rialismus in seinen Einflussgebieten die Etablierung einer Struktur des öffentlichen Rechts und politische Institutionen, die dem Ziel dienlich sind, „dem von den Großmächten dominierten Freihandel Zugang zu den Ressourcen, der Arbeitskraft und den Märkten des untergeordneten Landes“ zu verschaffen; in internationaler Hinsicht kommt die Unterwerfung der neu geschaffenen oder überformten Ordnung unter Regime des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts hinzu, die ebenso im Dienste der Großmächte stehen (vgl. ebd.: 156). Im Rahmen dieser Ordnung werden die untergeordneten Länder Tully zufolge zwar als souveräne Verfassungsstaaten anerkannt; dies geschehe allerdings vor dem Hintergrund immenser, während der langen Geschichte der westlichen Expansion etablierter Machtasymmetrien, die sich von der Ökonomie über Politik und Recht bis hin zu Kultur und Militär erstrecken – weshalb Tully in diesem Zusammenhang auch von einer „interaktiven Herrschaft zwischen nicht gleichberechtigten Souveränen“ und – in Anlehnung an einen Aufsatz von John Gallagher und Ronald Robinson aus den 1950er Jahren – von „Freihandelsimperialismus“ spricht (ebd.: 195 ff.). Das westfälische Staatensystem charakterisiert er vor diesem Hintergrund auch als „imperiales System hegemonialer und untergeordneter Staaten“; der informelle Imperialismus bliebe ohne dieses System „ziemlich wirkungslos“ (ebd.: 164).

Historisch gesehen bedeutet dies auch, dass sich selbst die europäischen Verfassungsstaaten „von Anfang an *innerhalb* globaler Systeme des imperialen und kolonialen Rechts“ entwickelt und nicht erst nach ihrer Etablierung in inter- und transnationale konstitutionelle Kontexte begeben haben (ebd.: 201; Hervorhebung im Original). Postkolonien, also aus Kolonien entstandene Staaten, wurzeln sowieso tief im Kolonialismus, allein schon, da kaum eine ihrer Staatsgrenzen hinsichtlich ihres Verlaufs von der Kolonialgeschichte und damit der Geschichte externer Interventionen entkoppelt werden kann. Die souveränen und unabhängigen außereuropäischen Staaten, die völkerrechtlich anerkannt wurden, sind Tully zufolge just „die ehemaligen Kolonien, deren rechtliche und politische Strukturen von den europäischen Mächten mit Blick auf die eigenen Interessen während zweier Zeitalter des Kolonialimperialismus konstruiert worden sind“ – einer ersten Periode zwischen 1500 und 1776 sowie einer zweiten Periode der „Hyperkolonisierung“ zwischen 1800 und 1905, in der 85 Prozent der außereuropäischen Welt unter formeller oder informeller imperialer Herrschaft standen (ebd.: 162). Was nach der Entkolonisierung im 20. Jahrhundert geschah, hat mit Selbstbestimmung ebenfalls wenig zu tun. Tully zufolge hatten die Regierungen der jungen Postkolonien angesichts des Umstandes, dass sie weiterhin im Rahmen eines imperialen Weltsystems navigieren mussten, oft keine andere Wahl als die Anpassung an harte und weiche externe Vorgaben: Modernisierung des ethnisch in vielen Fällen extrem heterogenen Hinterlandes ohne Rücksicht auf lokale rechtliche und politische Traditionen und Ordnungen; die Förderung nationaler Einheit; die Stärkung europäisch geprägter rechtlicher, politischer und militärischer Institutionen; die ökonomische Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft oder in den Ostblock; die Aufgabe der rechtlichen und politischen Souveränität, die Aufnahme von Schulden, später Schuldentilgungen und Maßnahmen der Strukturanpassung (vgl. ebd.: 163).

Dass ein solches von außen oktroyiertes Programm vielfältige interne Probleme erzeugen musste, versteht sich fast von selbst. Tully zufolge führte es in vielen Fällen zum Widerstand der Bevölkerung gegen ihre westlichen, nationalen Eliten, was wiederum gewaltförmige Reaktionen durch diese Eliten förderte, militärische Kräfte im Land stützte und Demokratisierungsprozesse verhinderte. Die Folge war fragile beziehungsweise ‚gescheiterte‘ Staatlichkeit – was ein weiteres Mal Anlass für Formen imperialer Einflussnahme bot. „Sehr

wenige neoliberale Imperialisten erwähnen, dass gescheiterte Staaten selbst ein Produkt der Wellen formeller und informeller imperialer ‚Replikation‘ der Bildung von Nationalstaaten auf der einen Seite und auf der anderen der Widerstandskämpfe von Völkern sind, die davon träumen, eigene Formen der politischen Gemeinschaft zu errichten“, erklärt Tully hierzu (ebd.: 164). Missstände, die eindeutig mit dem westlichen Imperialismus verknüpft sind, werden in den Darstellungen jener neoliberalen Imperialisten also grade *nicht* als solche dargestellt. Eher werden sie zum Anlass genommen, weitere Wellen der imperialen Einflussnahme in Gang zu setzen. Tully zufolge stellt nämlich die Förderung, Kanalisierung und Einschränkung der Selbstbestimmung und der demokratischen Freiheiten untergeordneter Staaten eines der Hauptinstrumente der informellen imperialen Herrschaft dar (vgl. ebd.: 179). Allerdings würden dabei keinesfalls Formen starker Demokratie unterstützt – vielmehr handele es sich bei der imperial geförderten Demokratie um „low-intensity-Demokratie“ beziehungsweise um eine Form der „repräsentativen Elitendemokratie, die von wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zum Ausland abhängig ist und den partizipativen demokratischen Aspirationen der Mehrheit der Bevölkerung tendenziell entgegensteht“ (ebd.: 183).⁵ Eine Alternative zum Imperialismus ist eine solche Form der Demokratieförderung Tully zufolge nicht. Hierfür wären Formen starker Demokratie auf lokaler wie globaler Ebenen nötig sowie eine Unterstützung von wirklicher Selbstbestimmung und von Rechtspluralismus. „Man kann dem Imperialismus nicht entgegentreten, indem man die herrschenden Formen der neoliberalen oder sozialdemokratischen Repräsentativdemokratie einfach auf weitere Staaten ausweitet“, erklärt er dazu – denn im Falle solcher Ausweitungen handele es sich um nicht mehr als um „auferlegte Formen des Rechts und der Demokratie“, die indirekt „durch die Techniken des informellen Imperialismus kontrolliert“ werden (ebd.: 185).

3. Zur Entstehung der Demokratie bei den Haudenosaunee

Mbembe und Tully rücken de-thematisierte koloniale und imperiale Logiken der westlichen liberalen Demokratie ins Zentrum ihrer Analysen. Dadurch demonstrieren sie die Verwobenheit der westlichen liberalen Demokratie mit globalen Strukturen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung. Iris Marion Young wählt einen anderen Weg. Sie legt offen, wie sich das westliche politische Denken und entsprechende Institutionen nicht zuletzt auch durch die Rezeption und Aneignung nicht-westlicher Lebens- und Politikformen entwickelt haben, und inwiefern diese Einflüsse entweder sofort oder später mit Schweigen belegt wurden. Beispielhaft hierfür ist ihre Arbeit über den Föderalismus der im deutschen Sprachraum lange Zeit vor allem als „Irokesen“ bekannten Haudenosaunee und die Einflüsse, die das Wissen über das politische System der *Six Nations* auf die Gründerväter des politischen Systems der USA hatte (vgl. Young 2007: 15 ff.). Young zufolge war dieser Einfluss substanziell.

5 Idee und Begriff der *low-intensity*-Demokratie entlehnt Tully einem Aufsatz von Barry Gills und Joel Rocamora (1992). Für kritische Diskussionen von Demokratieförderung, Strukturanpassung und anderen entwicklungs-politischen Maßnahmen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts vgl. die Aufsätze in Hippler 1994; für eine entsprechende Analyse der NGO-Förderung vgl. Kerner 2013. Einen guten Überblick über die Literatur im Bereich der Post-Development-Forschung, das heißt von Arbeiten an der Schnittstelle von postkolonialer Theorie und Entwicklungspolitik, bietet der Reader von Majid Rahnema und Victoria Bawtree (1997) und für den deutschen Sprachraum Ziai (2006) – hier werden demokratietheoretische Fragen zumindest am Rande thematisiert.

Haudenosaunee ist die Selbstbezeichnung für zunächst fünf, später sechs Nationen, die im Osten des nordamerikanischen Kontinents im Gebiet der großen Seen ansässig waren: Mohawk, Oneida, Onondaga, Cayuga, Seneca und ab dem 18. Jahrhundert als sechste Nation die Tuscaroras. Diese Nationen hatten lange vor Beginn der europäischen Kolonisierung eine Föderation gebildet, deren nach innen gerichtete Ziele Frieden, Einheit und ein Machtgleichgewicht waren. Zu diesem Zweck hatten sie ein komplexes Set an Mechanismen der kollektiven Entscheidungsfindung entwickelt, das Praktiken der Deliberation, der öffentlichen Meinung, der Gewaltenteilung und der Konsensbildung verband. Verglichen mit zeitgenössischen politischen Systemen in Europa war das föderale System der Haudenosaunee egalitär und partizipativ. Das galt auch mit Blick auf Geschlechterverhältnisse: Die männlichen Regierungschefs wurden von Frauen eingesetzt und von diesen gegebenenfalls auch wieder abgesetzt (vgl. ebd.: 19). Young zufolge war das politische System der Haudenosaunee ferner auf eine in Europa kaum bekannte, geschweige denn praktizierte Weise auf Selbstbestimmung und Demokratie ausgerichtet. Sie schreibt:

„What *federalism* meant to the Iroquois, [...] was an assumption of self-determination for the member nations at the same time as a commitment to procedural unity with the other five nations and the willingness to have any issue considered for federal decision-making. Indian governance can be considered *democratic*, moreover, at least because of the following attributes: leaders were chosen on merit, although they usually came from designated families; they were expected to respond to public opinion, and in extreme cases could be impeached if they abused their power; issues and policy proposals could come from anywhere in the federation; decision-making relied on deliberation both within and among member nations and included mechanisms of review.“ (ebd.; Hervorhebungen im Original)

Young zufolge, die sich bei ihrer Darstellung auf eine Arbeit von Donald Grinde und Bruce Johansen bezieht, war das föderale System der Haudenosaunee den politischen Akteuren unter den weißen Siedler*innen wohlbekannt. In Benjamin Franklin und John Adams hatte es dezidierte Anhänger, die das System in den Debatten um Verfassungsgebung und politische Institutionenbildung, die im Zusammenhang der US-amerikanischen Staatsgründung stattfanden, als Modell für gelingenden Föderalismus stark machten (vgl. ebd.: 21 f.).⁶ Außerdem war die politische Philosophie der europäischen Aufklärung stark von Bildern und Imaginationen des indigenen Amerika geprägt. Youngs Gewährsautoren zufolge war auch dies ein Kanal für einen (wenn auch indirekten) Einfluss amerikanischer Indigenität auf die Demokratie des entstehenden weißen Staates: „the Enlightenment political philosophers that influenced the American founders to establish a democratic republic were themselves conditioned by real and imagined interaction with Native Americans“, schreibt Young (ebd.: 20). Vor diesem Hintergrund plädiert sie für eine hybride Interpretation der nordamerikanischen Kolonial- und Politikgeschichte – für eine Interpretation, bei der die indigene Bevölkerung mit ihren vielfältigen Modellen sozialer und politischer Organisation nicht länger als das *Andere* der Siedler*innengemeinschaft verstanden wird, und die die Momente des Kontaktes, der Interaktion und des Austauschs zwischen beiden Gruppen auf angemessene Weise berücksichtigt (vgl. ebd.: 16 ff.). Vor allem mit Bezug auf Ideen und Ideale von Freiheit und Selbstbestimmung war der Einfluss indigenen Denkens und indigener politischer Erfahrungen und Systeme auf die Politikstrategen der Siedlungsgesellschaft wohl hoch (vgl. ebd.: 22).

6 Eine Darstellung dieser Sachverhalte von der Haudenosaunee Confederacy selbst findet sich auf deren Webseite (<https://www.haudenosauneeconfederacy.com/influence-on-democracy/>; 20.12.2021) – dort kann man sich auch über die Gegenwart der Konföderation informieren. Für eine ausführliche Würdigung aus dem deutschsprachigen Diskurskontext vgl. Wagner 2004.

Auf der Meta-Ebene fordert Youngs Interpretation die bereits erwähnte traditionelle Annahme heraus, Demokratie sei in erster Linie eine Erfindung der alten Griechen und aktuelle Formen der Demokratie seien in erster Linie in *dieser* – natürlicherweise europäischen – Traditionslinie zu sehen. Young interessiert sich für den Föderalismus der Haudenosaunee jedoch nicht nur in ideengeschichtlicher, sondern auch in systematischer Hinsicht: birgt er doch ein Modell der politischen Selbstbestimmung, das ohne staatliche Souveränität auskommt (vgl. ebd.: 26 ff.)

4. Zur Kritik der westlichen Demokratie in Botswana

Demokratische Alternativen zum liberalen Regierungssystem haben auch in Weltregionen außerhalb Nordamerikas Tradition – etwa in Botswana. Folgt man Jean und John Comaroff, die seit den späten 1960er Jahren in der Region forschen, kam es in Botswana nach der Unabhängigkeit zu einem Wahlverhalten, das man gemessen an westlichen Gepflogenheiten unverständlich finden könnte; das sich aber auch als gelebte Kritik am westlichen Modell interpretieren lässt, da es dieses als zu formal, zu wenig partizipativ und letztlich als zu wenig demokratisch ausweist.

Den Comaroffs zufolge war das Modell der parlamentarischen Mehrparteiendemokratie, das in Botswana noch während der britischen Protektoratszeit (1885–1966) eingeführt wurde, in dem immer wieder als „Musterdemokratie“ bezeichneten Land von Anbeginn mit Akzeptanzschwierigkeiten konfrontiert. Die „prozedurale Demokratie – definiert (1) durch Wahlen, deren Hauptanlass der abstrakte Zeitablauf ist, (2) durch ein Ethos der Wahl und des Wechsels und (3) durch massenhafte öffentliche Beteiligung“ mutet in Botswana, so die Comaroffs, „als ein einigermaßen merkwürdiges Konstrukt“ an (Comaroff/Comaroff 2012: 173). Als Grund dafür machen sie die Tradition deliberativer Demokratie der botswanischen Mehrheitsbevölkerung der Setswana aus – einer Tradition, die den Comaroffs zufolge in ihren Grundzügen die Kolonialzeit überdauert hat (vgl. ebd.: 160). Die politische Ordnung der Setswana basierte auf einem System von nach Geburtsrecht eingesetzten Regierungschefs, die das Volk zugleich regierten und repräsentierten. Allerdings war ihre Machtstellung dadurch weder unanfechtbar noch unangefochten, ihr politischer Einflussbereich keinesfalls fixiert. Vielmehr mussten die Chiefs ihre herausgehobene Position und ihre Amtsbefugnisse durch Praktiken guter Regierungsführung beständig rechtfertigen und verteidigen. Von besonderer Bedeutung waren hierbei partizipativ-konsultative Prozesse durch einen direkten Beraterstab, durch Zusammenkünfte mit unterschiedlichen dezentralen Räten sowie durch öffentliche Versammlungen, die eine Gemeinwohlorientierung politischer Entscheidungen garantieren sollten; ferner Gleichheit vor dem Gericht und Wohlfahrtsmaßnahmen in Notzeiten. Staat und Zivilgesellschaft waren auf diese Weise eng miteinander verzahnt. Die Legitimität und Macht des Regierungschefs bestimmte sich durch seine Leistung und mithin performativ, nicht durch den Akt seiner Einsetzung. Organisatorisch umgesetzt wurde dieses Prinzip durch den dualen Charakter aller öffentlichen Versammlungen, die zum einen der Diskussion anstehender Sachentscheidungen dienten, zum anderen immer auch die Bewertung der Regierungsführung implizierten. Unterstützung und Opposition wurden dabei von den Fraktionen der Getreuen und der Rivalen des Regierungschefs ausgehandelt, und zwar im Zuge politischer Debatten

um den Grad der Übereinstimmung zwischen den konkreten Leistungen des jeweiligen Amtsinhabers und den genannten Idealen guter Regierungsführung (vgl. ebd.: 161 ff.).

Die ersten Wahlen fanden in Botswana 1965 statt. Klarer Sieger war die *Botswana Democratic Party* (BDP), deren Amtsträger in vielen Fällen enge Beziehungen zur Aristokratie unterhielten; die Wahlbeteiligung war mit 74 Prozent sehr hoch. In den darauffolgenden Wahlen sank die Beteiligung beträchtlich, mit Ausnahme der Wahl von 1984, als aufgrund des Todes des vorherigen Präsidenten, Seretse Khama, mit Quett Masire ein neuer Präsidentschaftskandidat antrat (vgl. ebd.: 171 ff.). Die Comaroffs interpretieren diese erheblichen Schwankungen als Relikt der politischen Kultur der Setswana: Viele Wahlberechtigte empfanden es als unnötig, sich an einer Wiederwahl, die der Bestätigung des Amtsinhabers diene, zu beteiligen. Denn auch die Chiefs waren nie durch Wahlakte im Amt bestätigt worden. Es ist in diesem Sinne, dass die prozedurale Demokratie mit ihren fest getakteten Wahlen, dem Ethos von regelmäßigen Regierungswechseln und der Erwartung einer konstant hohen Wahlbeteiligung als „merkwürdiges Konstrukt“ (ebd.: 173) anmuten musste. Die basalen Funktionsprinzipien der 1965 eingeführten repräsentativen Mehrparteiendemokratie kollidierten mit der demokratischen Kultur, die sich in dem Land etabliert hatte; eine Kultur, die weder die Einsetzung und Legitimierung der Amtsträger gleichsetzte noch vorsah, dass das eine oder das andere nach einem starren temporalen Raster vonstattengehen sollte.⁷ Gestützt wird diese Interpretation durch den Umstand, dass in den ländlichen Regionen des Landes auch in den Jahren niedriger Wahlbeteiligung die Wahlversammlungen der Regierungspartei gut besucht waren – und dass die Anwesenden erwarteten, dabei den Präsidenten, zumindest aber einen engen Berater zu Gesicht zu bekommen. Ganz offensichtlich wurden Gelegenheiten der Konsultation und Deliberation ein größerer Stellenwert beigemessen als dem periodischen Urnengang. Dazu passen auch die Diskussionen um die Einführung des Einparteiensystems, die Mitte der 1970er Jahre im Umfeld der dritten botswanischen Parlamentswahlen geführt wurden. Entfacht worden waren sie nicht von der auch in diesen Wahlen deutlich überlegenen BDP, sondern von der Opposition – und zwar mit der Begründung, dass das Einparteiensystem bei Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen „zu einer besseren Regierung und zu mehr partizipatorischer Demokratie“ führen würde (ebd.: 159). Zur Erklärung dieser gemäß den Logiken der westlichen Demokratie zunächst einmal irritierenden Argumentation paraphrasieren die Comaroffs einen botswanischen Lehrer, den sie anlässlich der Wahl von 1969 interviewt hatten. Die Mehrparteiendemokratie hatte dieser als „Widerspruch in sich“ bezeichnet – denn sie „erniedrige die Politik, lasse sie auf einen gelegentlichen

7 Diese Interpretation teilt auch Francis B. Nyamnjoh (2003), der das Modell der Chiefs als wichtiges Element der botswanischen Demokratie ansieht – nicht zuletzt, da es als Mittler zwischen dem politischen System auf der einen Seite und den Erwartungen der in kulturelle und ethnische Gemeinschaften eingebundenen Bürger*innen auf der anderen Seite zu wirken in der Lage sei. Nyamnjoh zeigt ferner die Anpassungsfähigkeit und damit Wandelbarkeit dieses Modells auf, etwa mit Bezug auf Geschlechterfragen. Damit schreibt er gegen jene Fundamentalkritik des Modells der Chiefs an, die in diesem in erster Linie ein Relikt der indirekten Herrschaft sehen und seine kolonialen Überformung zu einem Instrument institutionalisierter Despotie problematisieren. Für eine Einschätzung der Institution der öffentlichen Versammlungen (*kgotla*), die vor allem deren Monopolisierung durch die Regierungspartei problematisiert und hier ein Demokratiedefizit vorortet, vgl. Sebudubudu/Osei-Hwedie 2006. Mit den Comaroffs könnte man dieser Einschätzung entgegenhalten, dass sie die Spezifika der botswanischen Demokratie, die grade *im Rahmen* und nicht *trotz* der dauerhaften Vormachtstellung einer einzigen Partei funktioniert, verkennt. Dass eine beständige Kritik am Regierungshandeln in Botswana eher von den Hinterbänken der Regierungspartei als aus der formalen Opposition kommt, bestätigt Taylor (2003: 217). Für eine postkoloniale Analyse indigener Autoritäten im politischen System Ghanas, die mit Blick auf die komplexe Institution der Chiefs zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie die Comaroffs, nämlich dass sie ein nicht zu unterschätzendes Demokratiepotezial birgt, vgl. Aikins 2016.

Wahlakt zusammenschumpfen. Indem sie zwischen den Wahlen jede wirkliche Rechenschaftspflicht der Regierung beseitigt, rechtfertige sie die Gleichgültigkeit derer, die an der Macht sind, gegenüber allgemeiner Partizipation und öffentlicher Kritik – und fördere damit die allgemeine Abwendung der Bürger von der Alltäglichkeit des Staates“ (ebd.: 160). Der periodische Wahlakt erschien dem Befragten also weniger als temporale Begrenzung der Macht der Regierung denn als Aushöhlung politischer Beteiligungsprozesse, die einst eine *konstante, eine permanente* Kontrolle der Regierungsmacht ermöglicht hatten. Die Forderungen nach einem Einparteiensystem, die in den 1970er Jahren laut wurden, lassen sich mithin verstehen als „(Rück-)Wendung zu einer *substanziellen* Demokratie, einer politischen Kultur, in der partizipatorische Politik ein Stück des täglichen Lebens ist“ (ebd.: 177). Für die Comaroffs waren sie zugleich eine „zutiefst verspürte Kritik an den selbstverständlichen europäischen Formen und Institutionen der Politik“ und eine Forderung nach einer Alternative, die „nicht weniger Volkssouveränität verlangte, sondern mehr, nicht weniger Verantwortlichkeit, sondern mehr, nicht nur freie Wahl, sondern eine öffentliche Kultur der Kritik“ (ebd.).⁸

5. Zur Kritik der Kolonialität der Demokratie – Fazit und Ausblick

Der Ruf nach starker statt schwacher, nach substanzieller statt bloß prozeduraler Demokratie, der sich damals in Botswana zeigte, steht zwar nicht für ganz Afrika – dennoch konstatieren die Comaroffs Ähnlichkeiten zwischen traditionellen Politikformen dort und in anderen afrikanischen Ländern und charakterisieren die Demokratie auf dem gesamten Kontinent als instabil (vgl. ebd.: 178). Dies führt sie zu der Frage, ob mit der dortigen „Entleerung der großen Idee“ der Demokratie eine Entwicklung anhub, mit der wir es inzwischen, einige Dekaden später, auch im globalen Norden zu tun haben: die neoliberal bedingte Entweichung der Politik aus der formalen Öffentlichkeit und den staatlichen Institutionen, eine Situation, in der „die Bürger, wie [...] der Kapstädter Erzbischof Ndungane sagte, nur noch als ‚Wählermasse‘ zählen, in de[r] ‚Good Government, Transparenz, Verantwortlichkeit, Integrität und Ehrlichkeit‘ größtenteils durch Abwesenheit glänzen“ (ebd.: 178 f.).

Inwieweit es tatsächlich der Neoliberalismus ist, der hinter diesen Phänomenen steht, kann und soll an dieser Stelle nicht geklärt werden. Stattdessen ist zu betonen, dass die konstatierte ideelle Entleerung, die Reduktion der Demokratie auf Wahlakte (Comaroff/Comaroff), auf Prozeduren niederer Intensität (Tully), hinter deren international salonfähiger Fassade das Venezuela-Syndrom (Coronil) gedeiht, in einstmaligen europäischen Postkolonien ebenso wie in den Einflussgebieten des westlichen Imperialismus eine lange Tradition haben, und zwar eine, die älter ist als der Neoliberalismus. Diese Tradition rückt die liberale Demokratie westlicher Provenienz in ein allenfalls ambivalentes Licht – unterstreicht sie doch deren Kolonialität. Diese Kolonialität wiederum hat ganz unterschiedliche Facetten, die ernst zu nehmen sich für die Demokratietheorie auch jenseits der postkolonialen Studien als richtungsweisend erweisen könnte. Denn schon die hier vorgestellten Positionen enthalten

8 Für (m)eine Diskussion des Botswana-Textes der Comaroffs, die stärker auf die temporalen Aspekte der Demokratie abhebt, vgl. Kerner 2015.

wichtige Hinweise zum Verständnis einiger der zentralen Probleme der liberalen Demokratie und ihres globalen Exports.

So lehrt uns Achille Mbembe, dass die liberale Demokratie von Anbeginn mit Rassismus einherging, mit staatlich institutionalisierten oder zumindest geduldeten Prozessen der Ungleichbehandlung, der willkürlichen Gewaltanwendung und der Ausgrenzung. Mbembe behauptet keinen notwendigen inhaltlichen Zusammenhang zwischen liberaler Demokratie und Rassismus. Doch er unterstreicht einen klaren historischen Zusammenhang: in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Daraus lässt sich schließen, dass die liberale Demokratie für sich genommen kein probates oder gar hinreichendes Mittel darstellt, kolonialrassistische Strukturen und Vorkommnisse einzudämmen. Zu einem solchen Zweck sind dann eher umfangreiche gesellschaftliche Maßnahmen angezeigt, die auch die staatlichen Institutionen und Prozesse selbst einer rassismuskritischen Analyse und wo nötig Restrukturierung unterziehen – nebst Aktivitäten, die rassistischen Denkmustern und Handlungsweisen in der Gesellschaft entgegenzuwirken vermögen.⁹

Folgt man ferner den Überlegungen von James Tully, wird deutlich, dass die liberale Demokratie und insbesondere ihre internationale Förderung seit jeher als Instrument des westlichen Freihandelsimperialismus verstanden werden kann. Dies unterstreicht nicht nur die Ambivalenzen auch gegenwärtiger Formen der Demokratieförderung. Es verdeutlicht auch, dass die liberale Demokratie westlicher Provenienz keinesfalls als ‚unschuldiges‘ Modell oder Konstrukt angesehen werden sollte. Diese Einsicht wiederum kann zur Erklärung des Umstandes beitragen, dass dem liberalen Demokratiemodell besonders außerhalb der westlichen Welt mit so viel Skepsis oder sogar mit Ablehnung begegnet wird.

Von Iris Marion Young schließlich können wir lernen, dass die westliche Demokratie hybrider ist als ihr Selbstbild – und dass auch außerhalb Europas stabile demokratische Systeme entstanden sind. Laut Jean und John Comaroff sind einige dieser Systeme sogar dazu angetan, Defizite des westlichen Modells offenzulegen. Dieser Umstand wiederum stellt traditionelle politiktheoretische Bewertungsmaßstäbe radikal in Frage. In der Regel ist es nämlich der globale Süden, der in den westlichen Wissenschaften als defizitär erscheint – da er anhand von Analyserastern betrachtet wird, die an europäischen Umständen und Normen orientiert sind, wodurch alles, was hiervon abweicht, nur zu deuten ist „unter dem Gesichtspunkt eines Mangels [...], einer Abwesenheit und Unvollständigkeit, die sich in ‚Unzulänglichkeit‘ übersetzt“ (Chakrabarty 2010: 44). Komplexe Realitäten vor Ort – als wie problematisch oder eben auch vorbildhaft sich diese auf Grundlage einer tatsächlich dem jeweiligen Kontext angemessenen und damit passgenauen Analyse auch immer erweisen würden – bleiben auf diese Weise im Verborgenen. Und mehr noch: Die Mangeldiagnose dient zumindest implizit der Aufrechterhaltung globaler Hierarchisierungen. Dies gilt in besonderem Maße im Feld der Demokratie und wird in postkolonialen Demokratietheorien entsprechend kritisiert. So problematisiert Amarpal Dhaliwal den Umstand, dass Theorien liberaler Demokratie in hohem Maße auf Wahlen verengt sind: „Problematising voting and other ‚rights‘ valorized by the democratic nation-state is the idea that democracy is not only a construct of modernity, but that it also is complicit with colonial discourses in that its idealized representations are used to argue the superiority of the West“, erklärt sie – wohl wissend, dass der Westen in der Regel kaum Probleme beim Durchführen fairer Wahlprozesse hat (Dhaliwal 1996: 42 f.). Ähnlich argumentieren Janet Conway und Jakeet Singh, wenn sie einen stark von

9 Vgl. hierzu unter anderem die Vorschläge von Paul Gilroy in seinem Buch *After Empire* (2004).

den USA geprägten „drive to export Western-style liberal democracy as the only legitimate mode of governance globally and a precondition for recognition, aid and trade with the West (albeit highly selectively applied)“ diagnostizieren und als Modalität imperialer Globalität ausweisen (Conway/Singh 2011: 689f.). Betrachtet man diese Problematisierungen eingedenk der nicht zuletzt von James Tully und den Comaroffs identifizierten Momente der Kolonialität der Demokratie, die deutlich machen, dass bereits eine entleerte, auf prozedurale Elemente beschränkte Demokratie niederer Intensität und das Venezuela-Syndrom als (wenigstens implizite) westliche Exporte verstanden werden sollten, könnte das sich dann offenbarende Szenario fast absurd erscheinen, ginge es dabei nicht um ernstzunehmende Machtverhältnisse und tatsächliche Probleme vor Ort: Europäischer Kolonialismus und westlicher Imperialismus haben zur globalen Verbreitung von Formen der Demokratie beigetragen, die vor dem Hintergrund westlicher Maßstäbe als defizitär erscheinen – dieser Umstand wiederum gereicht dem Westen nicht zur doppelmoralischen Schande, sondern er dient ihm ideell zur Begründung seiner globalen Vorherrschaft und praktisch zur Begründung der Fortführung oder gar Intensivierung des Exports prozeduraler Demokratie westlichen Typs.

Was nun sind die theoretischen und praktischen Implikationen dieser Problematisierungen, welche Fernziele bestimmen ihren Horizont? Es ist wichtig zu betonen, dass es der postkolonialen Demokratiekritik kaum um die Abschaffung der liberalen Demokratie zugunsten einer Rehabilitierung vorkolonialer oder anderer nicht-westlicher Alternativen politischer Meinungsbildung und Organisation geht; eher geht es darum, über rein formale, schwache, auf reguläre Wahlakte reduzierte Modelle liberaler Demokratie hinauszuwachsen.¹⁰ Es geht um Perspektiven einer substanziellen Demokratisierung – und zwar durchaus auch unter Rekurs auf nicht-westliche Erfahrungen, Modelle und Theoretisierungen, die aus historischen Gründen oftmals Erfahrungen und Theoretisierungen der Kolonialität der Demokratie einschließen.¹¹ An genau diesem Punkt stellen sie eine entscheidende Erweiterung gegenüber westlichen Versuchen dar, Phänomene der Postdemokratie zu bekämpfen.

Inhaltlich gehen die Vorschläge, die zum Ziel der Demokratisierung der Demokratie und der Überwindung ihrer Kolonialität unterbreitet werden, in unterschiedliche Richtungen. Achille Mbembe etwa, dessen demokratiekritisches Hauptanliegen darin besteht, den Umstand und das Ausmaß der Verwobenheit von westlicher Demokratie und Kolonialrassismus zu verdeutlichen, fragt am Ende seines Buches *Politik der Feindschaft* zunächst nach Möglichkeiten, wie man „die Entstehung eines Denkens fördern [kann], das weltweit zur Stärkung demokratischer Politik beitragen könnte, eines Denkens, das eher auf gegenseitige Ergänzung als auf Unterschiede ausgerichtet ist“ (Mbembe 2017: 223). Das Konstruieren, Betonen, Politisieren und Ausbeuten von Unterschieden ist der zentrale Mechanismus des Kolonialrassismus. Mbembe setzt mit seinen perspektivischen Überlegungen also just bei der Frage an, wie dieser Mechanismus gestoppt werden kann. Eine Antwort findet er – im Anschluss an Frantz Fanon – in einer neuen Ethik, deren erklärtes Ziel „in letzter Instanz die Mensch-

10 Eine Ausnahme stellt hier Ferit Güven dar, der in seinem Buch *Decolonizing Democracy* (2015) die These vertritt, dass bereits die Idee der Demokratie notwendig kolonial und tyrannisch sei, da sie auf universalistischen Prinzipien beruhe, weshalb er den Begriff Demokratie als normative, analytische und politische Kategorie zu verabschieden trachtet und vorschlägt, die Aufmerksamkeit stattdessen Manifestationen des Politischen zuzuwenden.

11 Beispiele dafür, was das in den unterschiedlichsten Kontexten konkret bedeuten könnte, finden sich bei Sousa Santos 2005 und bei Ziai 2016, hier in der Rubrik *Demokratie und Widerstand in einer postkolonialen Welt: Politische Systeme*.

lichkeit“ ist (ebd.: 214). Voraussetzung einer solchen Ethik sind Beziehungen der Sorge und der Fürsorge. Diese Beziehungen konkretisieren sich Mbembe zufolge darin, „[d]ie Verwundbarkeit zu erkennen und zu akzeptieren – oder auch einzugestehen, dass das Leben stets Gefahren bis hin zum Tod ausgesetzt ist“; sie werden real, „wo man sich vom Gesicht des Anderen berühren lässt; wo die Geste eine Sprache hervorbringt, die das Schweigen bricht“ (ebd.). Im Schlusskapitel seines Buches nennt Mbembe seine auf dem Eingeständnis der menschlichen Verwundbarkeit aufruhende Ethik eine „Ethik des Passanten“ (ebd.: 227). Es ist eine planetarische Ethik, die alle Formen von Rassismus und Nationalismus, und damit alle Mechanismen der hierarchischen und ausschließenden Grenzsetzung hinterfragt und hinter sich zu lassen bestrebt ist. „Ein Mensch in der Welt zu werden ist keine Frage der Geburt und keine Frage der Herkunft und der Rasse. Es ist eine Sache des Weges, der Zirkulation und der Verwandlung“, schreibt er (ebd.: 231). Dass diese Überlegungen auf den ersten Blick auf einer ganz anderen theoretischen Ebene angesiedelt zu sein scheinen als die Demokratietheorie, mag daran liegen, dass die Demokratietheorie in der Regel nicht mit der von Mbembe betonten Verwobenheit von westlicher Demokratie und Rassismus rechnet. Baut man diesen Aspekt der Kolonialität der Demokratie in die Suche nach Auswegen aus gegenwärtigen Demokratieproblemen ein, zeigt sich, dass es in der Tat essentiell erscheint, unter anderem an einer explizit nicht-rassistischen politischen Kultur zu arbeiten. Mbembes Ethik des Passanten ist sein Vorschlag in genau diese Richtung.

Auch der Vorschlag, den James Tully unterbreitet, ergibt sich aus seiner Kritik. Tully hat kritisiert, dass der westliche Imperialismus in seinen Einflussgebieten die Herausbildung einer *low-intensity*-Demokratie gefördert habe, eine repräsentative Elitendemokratie, die den demokratischen Ansinnen der Bevölkerungsmehrheit entgegenstehe (vgl. Tully 2009: 183). Ferner hat er die simple Verbreitung von neoliberalen, aber auch von sozialdemokratischen Modellen der Repräsentativdemokratie problematisiert – da eine solche Verbreitung den imperialen Logiken nicht entkomme (vgl. ebd.: 185). Was ihm stattdessen vorschwebt, ist die Unterstützung lokaler Demokratieformen hoher Intensität; es müssten „ganz unterschiedliche *high-intensity*-Formen lokaler und globaler Demokratie ebenso wie die Selbstbestimmung und der Rechtspluralismus gefördert werden“, fordert er (ebd.). Die Bevölkerungen von Demokratien niedriger Intensität müssten in die Lage kommen, „die *low-intensity*-Strukturen des Rechts und der Politik, denen sie unterworfen sind, unter ihre gemeinsame demokratische Kontrolle“ zu bringen (ebd.) und in diesem Sinne die konstitutionelle Demokratie von innen demokratisieren (vgl. ebd.: 224). Gelingen könnten ihnen dies durch die Ausübung ihrer verfassungsgebenden Macht, weshalb Tully in diesem Zusammenhang auch vom „demokratischen Konstitutionalismus“ spricht (ebd.: 223). Dessen Grundprinzip wiederum besteht darin, dass die Gesetze „denen, die ihnen unterworfen sind, stets Raum für Kritik, Verhandlungen und Veränderungen lassen, während sie sie befolgen“ (ebd.). Mit Struktur Anpassungsmaßnahmen ist ein solches Programm ebenso wenig kompatibel wie mit außen- und entwicklungspolitischen Konditionalisierungen. Stattdessen geht es um die Realisierung und Erweiterung bereits existierender, aber de facto eingeschränkter Möglichkeiten direkter Partizipation, und zwar gegen die imperial geformten *low-intensity*-Strukturen (vgl. ebd.).

Iris Marion Young schließlich skizziert im expliziten Anschluss an das föderale System der Haudenosaunee eine Vision globaler Governance mit lokaler Selbstbestimmung, das sie „decentered diverse democratic federalism“ nennt (Young 2007: 32). Thematisch soll es in diesen globalen Strukturen um Fragen von Frieden und Sicherheit, Umwelt, Handel und Finanzen, Investitionen und Kapitalnutzung, Kommunikation und Transport, Menschen-

rechte einschließlich Arbeitsrichtlinien und soziale Rechte sowie um Staatsbürgerschaft und globale Mobilität gehen (vgl. ebd.: 34 f.). Haudenosaunisch ist diese Vision insofern, als dass sie „governance without sovereignty“ vorsieht (ebd.: 32). Der Schlüssel hierzu ist eine Konzeption von Selbstbestimmung, die souveräne Einheiten wie Nationalstaaten transzendiert, so lokal wie möglich ansetzt und primär die je Betroffenen involviert (vgl. ebd.: 34).

So unterschiedlich die Vorschläge von Mbembe, Tully und Young sowie die Analyse der Comaroffs sein mögen, gibt es doch zwei wichtige Punkte, die sie eint. Das ist zunächst die Diagnose, dass die liberale Demokratie westlicher Provenienz von Kolonialität geprägt ist und aus diesem Grund Probleme erzeugt. Besonders spürbar sind diese Probleme außerhalb der westlichen Welt, aber sie kehren zunehmend an ihre Ursprünge zurück. Der zweite Konvergenzpunkt ist die Überzeugung, dass die Lösung dieser Probleme nicht in einer Abkehr von der Demokratie liegen kann, sondern in ihrer Intensivierung – und zwar durchaus auch gestützt auf nicht-westliche Erfahrungen und Mittel. So bleibt zu hoffen, dass sich demokratisierte Formen der Demokratie langfristig als stärker erweisen werden als ihre andauernde Kolonialität. Bis dahin ist viel zu tun.¹²

Literatur

- Aikins, Joshua Kwesi, 2016: Jenseits funktionaler Äquivalente. Die Kolonialität der Macht und indigene politische Autoritäten im politischen System Ghanas. In: Aram Ziai (Hg.), *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*, Bielefeld, 337–357.
- Buchstein, Hubertus, 2011: Demokratie. In: Gerhard Göhler / Mattias Iser / Ina Kerner (Hg.), *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, Wiesbaden, 46–62.
- Butler, Judith, 2010: *Raster des Kriegeres. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt (Main) / New York.
- Chakrabarty, Dipesh, 2010: *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt (Main) / New York.
- Comaroff, Jean / Comaroff, John L., 2012: *Der Süden als Vorreiter der Globalisierung*, Frankfurt (Main) / New York.
- Conway, Janet / Singh, Jakeet, 2011: Radical Democracy in Global Perspective: Notes from the Pluriverse. In: *Third World Quarterly* 32, 689–706.
- Coronil, Fernando, 2019: Transitions to Transition: Democracy and Nation in Latin America. In: Julie Skurski / Gary Wilder / Laurent Dubois / Paul Eiss / Edward Murphy / Mariana Coronil / David Petersen (Hg.), *The Fernando Coronil Reader: The Struggle for Life is the Matter*, Durham / London, 231–249.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt (Main).
- Dhaliwal, Amarpal K., 1996: Can the Subaltern Vote? Radical Democracy, Discourses of Representation and Rights, and Questions of Race. In: David Trend (Hg.), *Radical Democracy. Identity, Citizenship, and the State*, New York / London, 42–61.
- Fanon, Frantz, 1981: *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt (Main).
- Gills, Barry / Rocamora, Joel, 1992: Low Intensity Democracy. In: *Third World Quarterly* 13, 501–523.

12 Dieser Aufsatz geht auf einen Vortrag auf dem Panel „Demokratie und die Kolonialität der politischen Moderne: Überlegungen zu einer Dekolonisierung der Demokratie“ beim DVPW-Kongress 2018 in Frankfurt (Main) zurück. Ich danke Jeanette Ehrmann für die Zusammenstellung dieses Schwerpunktheftes, ihr, einer anonymen Gutachter*in sowie der Redakteurin dieser Zeitschrift für wertvolle Hinweise zum Text und Katrin Seidel für die afrikanistische Literatur zum politischen System Botswanas in Fußnote 7.

- Gilroy, Paul, 2004: *After Empire: Melancholia or Convivial Culture?*, London / New York.
- Gress, David, 1998: *From Plato to NATO. The Idea of the West and Its Opponents*, New York.
- Güven, Ferit, 2015: *Decolonizing Democracy. Intersections of Philosophy and Postcolonial Theory*, Lanham / Boulder / New York / London.
- Hippler, Jochen, 1994 (Hg.): *Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt*, Hamburg.
- Kerner, Ina, 2013: Globale Gouvernementalität. Zur Interpretation transnationaler Politik und ihrer Effekte. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 4, 3–18.
- Kerner, Ina, 2015: Zeiten und Räume der Demokratie. Beobachtungen nach dem Eurozentrismus. In: *Leviathan* 43, 71–88.
- Kerner, Ina, 2019: Grenzen und Migration. Postkoloniale Perspektiven. In: *Zeitschrift für Politik* 66, 199–216.
- Massing, Peter / Breit, Gotthard, 2003 (Hg.): *Demokratiethorien. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Bonn.
- Mbembe, Achille, 2014: *Kritik der schwarzen Vernunft*, Berlin.
- Mbembe, Achille, 2017: *Politik der Feindschaft*, Berlin.
- Meier, Christian, 1983: *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt (Main).
- Menke, Christoph, 2020: *The Crisis of Liberalism. The Dialectic of Politics and Police*. In: Julia Christ / Kristina Lepold / Daniel Loick / Titus Stahl (Hg.), *Debating Critical Theory. Engagements with Axel Honneth*, Lanham / Boulder / New York / London, 225–244.
- Nyamnjoh, Francis B., 2003: Chieftaincy and the Negation of Might and Right in Botswana Democracy. In: *Journal of Contemporary African Studies* 21, 93–114.
- Quijano, Anibal, 2010: Die Paradoxien der eurozentrierten kolonialen Moderne. In: *Prokla* 40, 29–47.
- Rahnema, Majid / Bawtree, Victoria, 1997 (Hg.): *The Post-Development Reader*, London / New York.
- Reckwitz, Andreas, 2019: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin.
- Redhead, Brian, 1984: *Political Thought from Plato to NATO*, London.
- Redhead, Brian, 1995: *Plato to NATO: Studies in Political Thought*, London.
- Rodríguez, Ileana, 2009: *Liberalism at its Limits. Crime and Terror in the Latin American Cultural Text*, Pittsburgh.
- Schmidt, Manfred, 2019: *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 6. Auflage, Wiesbaden.
- Sebudubudu, David / Osei-Hwedie, Bertha Z., 2006: Pitfalls of Parliamentary Democracy in Botswana. In: *Africa Spectrum* 41, 33–53.
- Sousa Santos, Boaventura de, 2005 (Hg.): *Democratizing Democracy. Beyond the Liberal Canon*, London / New York.
- Taylor, Ian, 2003: As Good as it Gets? Botswana's 'Democratic Development'. In: *Journal of Contemporary African Studies* 21, 215–231.
- Tully, James, 2009: *Politische Philosophie als kritische Praxis*, Frankfurt (Main) / New York.
- Wagner, Thomas, 2004: *Irokesen und Demokratie. Ein Beitrag zur Soziologie interkultureller Kommunikation*, Münster.
- Young, Iris Marion, 2007: *Global Challenges: War, Self-Determination and Responsibility for Justice*, Cambridge / Malden.
- Ziai, Aram, 2006: *Zwischen Global Governance and Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*, Münster.
- Ziai, Aram, 2016 (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft*, Bielefeld.